

Grußansprache von Karl Heinz Schröder, Mitglied des  
Präsidiums und Sekretariats des Parteivorstands der DKP

Werte Anwesende,

liebe Freunde, Genossinnen und Genossen!

Im Namen des Parteivorstands der Deutschen Kommunistischen Partei überbringe ich Ihrer Konferenz die solidarischen Grüße der Kommunisten der Bundesrepublik.

Wir waren und sind mit Euch solidarisch verbunden.

Wir stehen an der Seite der demokratischen, fortschrittlichen Kräfte der Türkei, an der Seite der Arbeiterklasse und des Volkes Eures Landes, das unter den Bedingungen der Militärdiktatur für Freiheit, Demokratie und Fortschritt kämpft.

Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen!

Diese Konferenz findet zu einem Zeitpunkt statt, da in unserem Land, der Bundesrepublik Deutschland, der Widerstand der arbeitenden Menschen, auch der ausländischen Kolleginnen und Kollegen, gegen die immer schärferen Angriffe auf die sozialen Rechte, gegen eine Regierungspolitik wächst, die den kleinen Mann bluten und blechen läßt, aber den Profitinteressen der Reichen, der Hochrüstung grünes Licht gibt.

Die Arbeiter unseres Landes, alle fortschrittlichen Kräfte, sind Euch, liebe Freunde und Genossen, dankbar, daß sich im Kampf gegen die reaktionäre Bonner Regierungspolitik die aus-

ländischen Kolleginnen und Kollegen, voran unsere türkischen Freunde, als aktive Partner und Mitkämpfer bewähren.

Werte Anwesende!

Es entspricht den Lebensinteressen des Volkes der Türkei wie den Interessen der arbeitenden Menschen unseres Landes, daß sich in allen NATO-Staaten eine bisher nicht gekannte machtvolle Friedensbewegung entwickelt.

Im Mittelpunkt des Kampfes für die Sicherung des Friedens, für die Verhinderung eines atomaren Krieges steht der Kampf gegen die geplante Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik, in Westeuropa.

Deshalb sehen wir die wichtigste Aufgabe aller Friedenskräfte darin, alles zu tun, damit das Jahr 1983 nicht zum Jahr der Stationierung dieser lebensbedrohenden Atomraketen wird.

Wir tun alles, damit der verhängnisvolle Brüsseler NATO-Raketenbeschluß zu Fall gebracht wird.

Angesichts des weltweiten Erstarkens der fortschrittlichen und der Friedenskräfte, der machtvollen Massenbewegungen gegen die atomaren Kriegsgefahren und die Abwälzung der kapitalistischen Krisenlasten auf die Werktätigen, sehen sich die imperialistischen Kriegstreiber gezwungen, ihre Atomkriegsvorbereitung als Beitrag zur Verteidigung der Freiheit zu tarnen, und ihre Diktaturen als "demokratisch und zum Schutz der Menschenrechte bestimmt" zu preisen.

Zu diesem Täuschungsmanöver gehört auch die Absicht der Militärjunta Eures Landes, ihre Diktatur jetzt mit dem Mantel einer Verfassung zu umhüllen, um so vorzutäuschen, demokratische Verhältnisse wiederherstellen zu wollen.

Das ist eine zynische Irreführung. Damit will die Militärjunta den Ruf als Folterer und Verfolger von Demokraten loswerden. Das wird nicht gelingen!

Wir erheben gemeinsam mit anderen Demokraten unseres Landes, gemeinsam mit Euch die Forderung nach Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in der Türkei!

Wir fordern: Schluß mit den Massenprozessen! Schluß mit Folter und Mord!

Wir fordern Presse- und Meinungsfreiheit, Freiheit für die Gewerkschaften, Freiheit für die demokratischen Parteien in der Türkei!

Wir fordern von der Bundesregierung, die Kumpanei mit der Militärjunta einzustellen. Es muß Schluß gemacht werden mit jeder politischen, militärischen und wirtschaftlichen Hilfe für die Militärjunta in der Türkei, die die Geschäfte der NATO und der USA besorgt!

Wir erheben entschiedenen Protest gegen die Duldung von faschistischen Organisationen wie der "Grauen Wölfe" durch die Regierung unseres Landes.

Wir fordern das Verbot und die Auflösung dieser Terror-Banden.

Werte Anwesende!

Angesichts der wachsenden Massenarbeitslosigkeit, angesichts der scharfen Angriffe der Regierung und der Unternehmerverbände auf die sozialen Rechte der arbeitenden Menschen, der deutschen wie der ausländischen Kolleginnen und Kollegen, müssen Arbeiter und Angestellte - unabhängig von Weltanschauung und Nationalität - fest zusammenstehen, um ihre Rechte gerade jetzt zu verteidigen.

Deshalb wenden wir uns mit Leidenschaft gegen die vom Großkapital und seinen politischen Anwälten geschürte Ausländerhetze. Damit soll das arbeitende Volk gespalten werden.

Nach der Devise "Teile und herrsche" will das Groß- und Rüstungskapital, wollen Millionäre und Multimillionäre ihre friedens- und volksfeindliche Politik durchsetzen.

Dagegen setzen wir den Kampf für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, für das Bündnis aller demokratischen und Friedenskräfte. Dess es gilt die alte Arbeiterlosung:

Einigkeit macht stark!

Die Rechtskoalition, die Regierung Kohl-Genscher, hat in ihrer Regierungserklärung das Wort von einer "menschlichen Ausländerpolitik" geprägt. Wenn das wahr wäre, wenn das ernst gemeint wäre, dann würden wir, wie alle ausländischen Kolleginnen und

Kollegen, das begrüßen. Doch es handelt sich um eine hinterlistige Täuschung.

Die Rechtsregierung will die Ausländerpolitik der vergangenen Regierung verschärft fortsetzen. Das ist Tatsache. Sie reden von Integration, aber den ausländischen Kolleginnen und Kollegen soll keine Gleichberechtigung gewährt, sie sollen vielmehr aus dem Land hinausgedrängt werden.

In Bonn wird viel von der Bedeutung der Familie geredet, doch die Politik der Rechtskoalition zielt darauf ab, die Familien der ausländischen Kolleginnen und Kollegen zu trennen.

Während das Grundgesetz die Bundesregierung verpflichtet, politisches Asyl zu gewähren, hat der Verwaltungsgerichtshof von Baden-Württemberg den Asyl-Antrag eines von der Militärjunta verfolgten Kurden mit der Begründung abgelehnt: "Da Folter ein allgemeines Phänomen in der Türkei sei, könne deshalb kein Asylgesuch bewilligt werden."

Es ist ein empörender Skandal, daß Bonn zu dieser Gerichtsentscheidung schweigt. Da ist doch die Frage erlaubt: Entspricht die Meinung des Gerichts der Meinung der Bundesregierung? Diese Meinung drängt sich auf, zumal die Bonner Regierung die Grenzen unseres Landes für Menschen schließen will, die in ihrer Heimat wegen ihres Eintretens für Demokratie und Freiheit, für die Rechte des Volkes, verfolgt und gefoltert werden. Das ist eine unmenschliche Politik und Praxis, die wir mit aller Entschiedenheit bekämpfen!

Wir wollen, daß Schluß gemacht wird mit der Diskriminierung der ausländischen Kolleginnen und Kollegen!

Wir wollen, daß sie gleichberechtigt als Mitbürger in unserem Land arbeiten und leben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Genossinnen und Genossen!

Unsere Partei, die Deutsche Kommunistische Partei, wird auch weiterhin Solidarität mit den ausländischen Arbeitern und ihren Familienangehörigen üben. Solidarität - das ist ein Grundsatz unserer internationalistischen Politik.

Wir werden weiterhin mit Euch, liebe Freunde, gegen die Militärjunta in Eurem Land, für die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse, für eine freie, demokratische Türkei kämpfen!

Es lebe der gemeinsame Kampf für Frieden und Arbeit,  
gegen Sozialabbau, Rotstift und Raketen!

Es lebe die internationale Solidarität!